



Globale Landwirtschaft als Kriegsökonomie? Phosphatabbau in Krisengebieten

von Christoph Marischka

Phosphatabbau in Togo. Foto Alexandra Pugachevsky / CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons

Ruckgrat globaler Landwirtschaft

„Phosphor ist ein wichtiger Baustein des Lebens. Für die moderne Landwirtschaft ist Phosphor

als Zusatzstoff für Futter- und Düngemittel unverzichtbar.“ Mit diesen zutreffenden Worten beginnt eine Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2013 „zur nachhaltigen Verwendung von Phosphor“.¹ Seit den 1950er Jahren erfolgt die Zufuhr von Phosphor nicht mehr primär über Dung aus der Landwirtschaft, sondern durch Mineraldünger, die auf dem Abbau von Phosphatgestein beruhen. Spätestens seit dem haben wir es mit globalen Produktionsketten auch in der Landwirtschaft zu tun, denn in der EU beispielsweise verfügt nur Finnland über geringe Vorkommen von Phosphatgestein. Auch in den USA wird das dort v.a. in Florida vorkommende Phosphat zunehmend knapp und längst nicht nur als Gestein oder konzentrierte Phosphorsäure, sondern auch über Pflanzenfutter v.a. aus Lateinamerika importiert,² dessen Vorräte jedoch ebenfalls begrenzt sind. Die dringendste Nachfrage besteht aktuell in den bevölkerungsreichen Staaten Asiens. Die größten Reserven werden auf der Arabischen Halbinsel und v.a. auf dem afrikanischen Kontinent vermutet, wo selbst kaum Phosphatprodukte zur Anwendung

kommen. Die Größten Vorkommen konzentrieren sich auf einige wenige Länder, und auch Länder mit mittleren Vorkommen und geringem eigenen Verbrauch bauen gegenwärtig massiv ihre Förderkapazitäten aus. Dabei ist zu beobachten, dass Phosphatabbau und -minen gegenwärtig in zahlreichen Konflikten eine Rolle spielen und Länder mit großen Vorkommen aufrüsten bzw. aufgerüstet werden.

Phosphatabbau im syrischen Bürgerkrieg

Als im Mai 2015 der Islamische Staat Palmyra im Zentrum Syriens einnahm, war die Berichterstattung v.a. von der Zerstörung dortiger Kulturgüter geprägt. Einige Medien berichteten damals jedoch darüber hinaus, dass der IS auch die südlich von Palmyra gelegenen Phosphatminen erobert hätte. Laut IS-Propaganda sei damit das Regime nicht nur „einer seiner letzten großen Einkommensquellen beraubt“ sondern durch den zukünftigen Abbau unter eigener Regie auch „Millionen Dollar“ für den IS zu erwarten.³ Im Januar 2017 berichtete u.a. der Deutschlandfunk, dass der Iran für seine Unterstützung im syrischen Bürgerkrieg „vom Assad-Regime mit lukrativen Kontrakten und Aufträgen belohnt“ worden sei. U.a. dürften die iranischen „Revolutions-

wächter“ in Syrien ein Mobilfunknetz aufbauen und betreiben, darüber hinaus würden ihnen „5.000 Hektar Agrarland und eine große Phosphat-Mine zur Verfügung“ gestellt.⁴ Nach einem Bericht von Reuters handelt es sich dabei um die al-Sharqiya-Minen 50km südöstlich von Palmyra.⁵ Bei ihnen beginnt eine Eisenbahnlinie, die von hier aus zunächst nach Westen verläuft, dort nach gut 10km die zweitgrößte Phosphatmine bei Khunayfis passiert und über Al-Qaryatayn, wo sich zwei weitere, kleinere Minen befinden, in nordwestliche Richtung nach Homs weiterführt. Laut dem Jahresbericht des U.S. Geological Survey für Syrien von 2011 gewann die staatliche Minenbaugesellschaft GCOPHAM hier 2010 (nach eigenen Angaben) noch 3,1 Mio. Tonnen Phosphatgestein, das in Homs von der ebenfalls staatseigenen General Fertilizers Co. zu 176.000t Dünger und 61.000t Phosphorsäure weiterverarbeitet worden sei.⁶ Zu diesem Zeitpunkt waren europäische Staaten die Hauptabnehmer der syrischen Phosphorproduktion, die bis 2013 aufgrund des eskalierenden Bürgerkrieges und der EU-Sanktionen auf (geschätzt) 1 Mio. Tonnen einbrach.⁷

Nach einem knappen Jahr unter Kontrolle des IS eroberte die syrische Armee Palmyra im Frühjahr 2016 zurück, um die Stadt im Dezember desselben Jahres wieder an den IS zu verlieren. Aktuell (April 2017) gilt die Stadt nach liveuamap.com als umkämpft, aber vom IS kontrolliert. Südlich der Stadt zieht sich demnach das zusammenhängende Gebiet des IS entlang den Phosphatminen und der dazugehörigen Eisenbahn am weitesten nach Westen und endet in Al-Qaryatayn.

Abbau in der besetzten Westsahara

2015 baute nach China, dessen Angaben jedoch als überschätzt gelten, Marokko die größten Mengen Phosphatgesteins (29 Mio. Tonnen) ab, wobei die völkerrechtswidrig von Marokko besetzte Westsahara die größten Abbaugelände beherbergt. Zusammengekommen werden Marokko und der Westsahara 75% der globalen Phosphatreserven zugeschrieben.⁸ Nach Marokko (und damit der Westsahara) folgen in der weltweiten Phosphatproduktion die Flächenstaaten USA (27,4 Mio. Tonnen) und Russland (11,6 Mio. Tonnen), die jedoch überwiegend für den heimischen Markt produzieren. Marokko ist demgegenüber seit Jahren größter Exporteur von Phosphatgestein (40% Weltmarktanteil), Phosphorsäure (50%) und fertigen Düngern (21%). Weltweit größter Importeur von Phosphatprodukten sind trotz großer eigener Produktion die USA, die 2013 64% ihrer Importe aus Marokko (und der besetzten Westsahara) und den Rest aus Peru bezogen.

Nicht nur wegen ihrer enormen Reserven, sondern auch den politischen Rahmenbedingungen bildet die Westsahara ein geradezu optimales Abbaugelände: Die ursprünglich hier lebende Bevölkerung wurde im Zuge der marokkanischen Besetzung Ende der 1970er Jahre politisch entrechtet, zu großen Teilen vertrieben und durch staatlich alimentierte Siedler ersetzt. Nach Westen ist das Gebiet vom Meer und nach Osten von mehreren, häufig verminten und von Soldaten gesicherten Sperranlagen begrenzt. Internationale Beobachter_innen und Organisationen erhalten kaum Zugang zur Westsahara, von ihrer „Besetzung“ zu sprechen bzw. ihre Zugehörigkeit zu Marokko zu bezweifeln, steht unter Strafe. Demonstrationen und Versammlungen werden häufig gewaltsam aufgelöst, Aktivist_innen von Militärgerichten verurteilt und gefoltert.⁹ Unter diesen Umständen wird bei Bou Craa die Wüste geradezu umgegraben und das Phosphatgestein von hier aus von einem über 100km langen Förderband (angeblich das längste der Welt) an die Küste transportiert. Die tatsächliche Fördermenge aus der Westsahara kann nur geschätzt

werden und diese Schätzungen belaufen sich seit Jahren auf etwa 10% der Gesamtproduktion Marokkos, 2013 etwa 2 Mio. Tonnen. Die Bundesregierung hat mehrfach indirekt eingeräumt, dass ihr die Beteiligung deutscher Firmen an Phosphatabbau und -aufbereitung bekannt ist, verweigert jedoch seit Jahrzehnten eine Antwort auf Fragen danach, um welche Firmen es sich handelt und worin ihre Beteiligung bestehen.¹⁰ Sie unterstützte jedoch den Ausbau der Aufbereitungsanlagen am Hafen von Jarf Lasfar durch einen Kredit der staatlichen Förderbank KfW. Dort ansässig ist u.a. das Unternehmen Euro-Maroc Phosphore, das Phosphorsäure herstellt und zu einem Drittel der Chemischen Fabrik Budenheim KG gehört. Bei den anderen Aufbereitungsanlagen in Jarf Lasfar handelt es sich v.a. um Joint Ventures der staatlichen Phosphatgesellschaft OCP (Office Chérifien des Phosphates) mit Düngemittelproduzenten aus Brasilien, Indien und Pakistan.

Phosphatabbau in der sog. „Sahel-Region“

Auch jenseits Marokkos wird der Phosphatabbau in der Sahara und der Sahelregion gegenwärtig massiv ausgebaut. In Mauretanien, südlich der Westsahara, wird bislang v.a. Eisenerz abgebaut, das gemeinsam mit Kupfer und Gold etwa 70% der Exporte des Landes ausmacht. Die mauretanischen Staatseinnahmen sind hochgradig vom Bergbau abhängig und fließen zu erheblichen Teilen in den Militärapparat, der die Politik kontrolliert (mit wenigen Ausnahmen wurden alle Regierungen seit 1978 durch Militärputsche bestimmt) und darüber hinaus umfangreiche Unterstützung aus den USA¹¹ und Frankreich erhält. In den vergangenen Jahren wurden in Mauretanien jedoch auch zwei größere Lagerstätten von Phosphat ausgemacht, deren Erschließung 2010 begann. 2013 sollte der Abbau bei Bofal an der Grenze zu Senegal beginnen und 2015 eine Aufbereitungsanlage gebaut werden, die Projekte verzögerten sich jedoch zunächst.¹²

Das westlich angrenzende Mali war schneller in der Erschließung. Nach eigenen Angaben begann die kanadische Firma Great Quest Fertilizer Ltd. 2008 mit der Untersuchung der Phosphatvorkommen und erwarb bis 2011 drei Konzessionen für eine Fläche von 1.206qm im Distrikt Gao, zwischen Bourem und Kidal. 2009 wurden bereits die ersten 1.900 Tonnen Phosphatgestein dort abgebaut, bis 2012 sollte die Produktion bereits auf 20.000t ansteigen.¹³ 2012 jedoch stellte die Firma ihre Tätigkeiten wegen „Unruhen“ ein. Der US Geological Survey, eine Abteilung des US-Innenministeriums, urteilte: „Vor dem Beginn der politischen Unruhen war Mali auf dem Weg, ein bedeutender Produzent von Phosphatgestein in der Subsahara-Region zu werden ... Die Weiterführung bzw. Wiederaufnahme des Abbaus, von Erweiterungs- und Explorationsprojekten wird jedoch absehbar von einer Beendigung der Feindseligkeiten, der Konsolidierung des Friedens und der Wiederherstellung von Frieden im Land abhängen“. Einer der Ursprünge für diese Unruhen war ein von der EU finanziertes Programm zur Aufrüstung des nördlichen Malis 2010/2011, also just zu der Zeit, als die Verhandlungen über die Abbaukonzessionen stattfanden.¹⁴ Anfang 2013 intervenierte dann Frankreich und mittlerweile sind 1.000 Bundeswehrsoldaten in ihrem aktuell gefährlichsten Einsatz in Gao, etwa 200km südlich der Phosphatminen stationiert, von wo aus sie u.a. mit Heron-I-Drohnen das Gelände überwachen sollen, das insbesondere nördlich von Gao und in Kidal nicht unter Kontrolle der internationalen Truppen ist.

Dafür, dass der beginnende Abbau von Phosphat ein entscheidender Faktor für den zugleich ausbrechenden Aufstand und die anschließende Sezession des Nordens Malis war, gibt es keine

Anzeichen. Allerdings steht außer Frage, dass etwa die riesigen Uranminen bei Arlit im benachbarten Niger wesentlich zur Entfremdung zwischen der ansässigen, (semi-)nomadischen Bevölkerung und der Zentralregierung einschließlich ihrer internationalen Verbündeten, allen voran Frankreich, beigetragen hat. Die Entführung mehrerer dort tätiger Mitarbeiter des französischen AREVA-Konzerns 2010 und ein Anschlag auf die Mine 2013 durch islamistische Gruppen zielten durchaus darauf ab, bei diesen Bevölkerungsgruppen Sympathien zu schaffen. Auch in Niger finden sich umfangreiche Phosphatvorkommen, die jedoch bislang nur in sehr kleinem Maßstab und jenseits des Exportes nach Nigeria überwiegend für den Gebrauch im Inland abgebaut werden. 2008 jedoch sah die OECD in ihrem „Economic Outlook Africa“ im Ausbau der Mine bei Tahoua eine mögliche Triebfeder für zukünftiges und anhaltendes Wirtschaftswachstum im Niger.¹⁵ Auch dort sind aktuell französische Spezialeinheiten und die Bundeswehr (im Rahmen ihres Mali-Einsatzes) stationiert, eine EU-Trainingsmission begleitet den Aufbau von Gendarmerieeinheiten.

„Ertüchtigung“ und Phosphatabbau

Die Staaten, die nach wie vor große Reserven an Phosphaten aufweisen und für den Export produzieren, liegen überwiegend in Nordafrika und auf der Arabischen Halbinsel, der sog. MENA-Region. Es ist auffällig, dass jene Staaten – sofern sie sich nicht wie Syrien in einem Bürgerkrieg befinden – nahezu deckungsgleich sind mit denjenigen Staaten, die am umfangreichsten Rüstungsgüter importieren oder – z.B. von Deutschland im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative – sogar kostenlos Rüstungsgüter und Militärausbildung erhalten. Marokko etwa erhielt von Deutschland zwischen 2001 und 2015 trotz katastrophaler Menschenrechtslage Rüstungsgüter im Wert von über 100 Mio. Euro, darunter Panzer und Fahrzeuge für über 25 Mio. Euro. Wichtiger noch als die Rüstungsexporte dürfte jedoch die implizite Unterstützung der völkerrechtswidrigen Besetzung des Westsahara sein, die sich u.a. darin ausdrückt, dass Handelsabkommen und von der Durchführungsorganisation der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, giz, unterstützte Infrastrukturprojekte sich wie selbstverständlich auch auf die Westsahara beziehen.

Obwohl Algerien, dem die weltweit drittgrößten Phosphatvorkommen zugerechnet werden, sich in latentem Konflikt mit Marokko befindet, wurden auch hierher allein seit 2011 Rüstungsexporte in Höhe von fast 2 Mrd. Euro genehmigt, darunter eine Fabrik für die Produktion von Fuchs-Panzern der Firma Rheinmetall. Das östlich angrenzende Tunesien galt trotz eher geringer Reserven insbesondere vor der Revolte 2011 als zumindest kurzfristig potenter Exporteur und war 2014 noch auf Platz acht der wichtigsten Phosphor-Produzenten (2015 jedoch brach die Produktion aufgrund von Streiks fast vollständig ein). Es ist auch ein Schwerpunktland der deutschen „Ertüchtigungsinitiative“, die seit 2016 über einen eigenen Titel im Bundeshaushalt verfügt, wonach Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium gemeinsam für 100 Mio. Euro militärische Ausrüstung an Drittstaaten liefern können, im Fall Tunesiens handelt es sich dabei v.a. um Systeme zur mobilen Grenzüberwachung des Rüstungsunternehmens Airbus Defence and Space.¹⁶ Darüber hinaus werden tunesische Polizei-, Gendarmerie- und Geheimdienstkräfte im Rahmen der „Transformationspartnerschaft“ von Deutschland, insbesondere Angehörigen des BKA, aus- und fortgebildet. Außerdem leistet Deutschland Hilfe bei der biometrischen Erfassung der Bevölkerung.



Quelle: Benjah-bmm27/Wikimedia Commons

Ägypten als sechstgrößter Phosphatproduzent 2015 gehört zwar nicht zu den Hauptempfängerländern deutscher Rüstungsgüter – seit 2011 wurden Exporte in Höhe von knapp 130 Mio. Euro genehmigt – was jedoch v.a. an der engen Bindung an den US-amerikanischen Rüstungsmarkt liegen dürfte. Denn Ägypten erhält nach Israel weltweit die höchsten Militärhilfen aus den USA, seit 1987 jährlich 1,3 Mrd. US\$, die nahezu ausschließlich in Waffenkäufe aus den USA umgesetzt werden.¹⁷ Jenseits von Rüstungsexporten und langsam wieder einsetzender Polizei- und Militärkooperation unterstützt die Bundesregierung die Militärdiktatur in Ägypten v.a. durch Anerkennung und warme Worte: General Sisi, der 2013 die Macht in einem Militärputsch an sich riss, wurde vom heutigen Außenminister Gabriel als „beeindruckender Präsident“ bezeichnet und von Kanzlerin Merkel und dem damaligen Bundespräsident Gauck mit militärischen Ehren in Berlin empfangen.

Ein weiteres Schwerpunktland der deutschen „Ertüchtigungsinitiative“ ist Jordanien, dessen Reserven in etwa jenen Russlands entsprechen und das sowohl hinsichtlich der Reserven als auch was die Fördermenge 2015 angeht auf Rang fünf weltweit rangiert. Jordanien soll allein im Jahr 2017 nicht nur 50 Schützenpanzer vom Typ Marder erhalten, sondern darüber hinaus Abhörtechnologie im Wert von 6,6 Mio. Euro – beides finanziert aus dem Bundeshaushalt. Saudi Arabien, das es von 2011 bis 2015 zum achtgrößten Produzenten von Phosphatgestein geschafft hat, gilt im selben Zeitraum als zweitgrößter Importeur von Rüstungsgütern weltweit.¹⁸

Mit diesen Zahlen und Schlaglichtern soll nicht behauptet werden, dass Phosphat die heimliche Ursache des syrischen Bürgerkrieges oder die eigentliche Triebfeder der Ertüchtigungsinitiative und vieler Rüstungsexporte sei. Allerdings sollte zur Kenntnis genommen werden, dass ein Rohstoff, der Rückgrat einer globalisierten, „arbeitsteiligen“ Landwirtschaft ist, knapper wird und bereits jetzt in vielen Konflikten eine – wenn auch nachgeordnete – Rolle spielt. Der globale Handel mit Phosphaten birgt darüber hinaus noch anderes Konfliktpotential und ökologische Zerstörungskraft. Abbau und Aufbereitung von Phosphat geht stets mit der Freisetzung giftiger und häufig auch radioaktiver Stoffe einher, welche die Abbaugelände belasten. Auf der – auch geografisch gedacht – anderen Seite belastet das ausgewaschene Phosphat in Gebieten mit hoher landwirtschaftlicher Produktion Gewässer und ganze Ökosysteme bis zum Zusammenbruch. Tatsächlich jedoch könnte es eine Lösung geben: „Der europäische Phosphorzyklus könnte vollständig geschlossen werden, wenn die importierten chemischen Phosphatdünger komplett gegen biologische und recycelte chemische Phosphordünger ersetzt würden... Doch um das zu erreichen, müsste das Diktat der ‚Marktkräfte‘ überwunden werden“, so Peter Clausen in einem Beitrag für welt-ernaehrung.de.¹⁹

Anmerkungen

- 1 Europäische Kommission: COM(2013) 517 final.
- 2 Peter Clausing: „Fluch und Segen“, junge Welt (Thema-Seite Phosphat) vom 9.6.2016.
- 3 Ruth Sherlock: „Isil seizes Syrian regime's lucrative phosphate mines“, <http://www.telegraph.co.uk> vom 27.05.2015, sowie: „Islamic State Looks to Captured Phosphate Mines for Funding“, www.haaretz.com vom 27.05.2015.
- 4 Reinhard Baumgarten: „Die Unterstützung für Assad zahlt sich jetzt aus“, www.deutschlandfunk.de vom 21.01.2017.
- 5 Bozorgmehr Sharafedin, Ellen Francis: „Iran's Revolutionary Guards reaps economic rewards in Syria“, <http://uk.reuters.com> vom 19.01.2017.
- 6 U.S. Geological Survey (USGS): 2011 Minerals Yearbook – Syria (Advanced Edition).
- 7 USGS: 2013 Minerals Yearbook – Syria (Advanced Edition).
- 8 USGS: 2013 Minerals Yearbook – Morocco and Western Sahara (Advanced Edition).
- 9 Human Rights Watch (HRW): World Report 2017 – Morocco and Western Sahara, sowie: HRW: Morocco - Obstruction of Rights Group, www.hrw.org vom 20.01.2017.
- 10 So fragte etwa bereits 1996 der Bundestagsabgeordnete Gerd Andres (SPD) im Rahmen des parlamentarischen Fragerechts danach, ob „der Bundesregierung Erkenntnisse vor[liegen], in welcher Art und Weise deutsche Firmen oder die deutsche Volkswirtschaft an der Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen der ehemaligen spanischen Sahara — namentlich der Phosphatvorkommen und der Fischgründe — teilhaben?“. Die Antwort beschränkte sich auf die Angabe, dass „laut Statistischem Bundesamt ... im Jahre 1995 vom OCP 7 926t Rohphosphat nach Deutschland exportiert [wurden]. Das sind 2,7 % der Gesamtimporte von 288 878t. Aus dem Rohphosphat wurden ca. 2 600t Konzentrat (P2O5) hergestellt, das i. w. der Produktion von Düngemitteln, Futterzusätzen und chemischen Produkten dient. Bezogen auf den geschätzten jährlichen P2O5-Verbrauch in Deutschland wurde 1995 aus Marokko etwa 0,5% geliefert“ (BT-Drucksache 13/5544). 14 Jahre später antwortete sie auf die Frage, ob „die Bundesregierung den Hinweisen nachgegangen [ist], wonach Schiffe deutscher Reedereien am Abtransport von Phosphor/Phosphorsäure aus den besetzten Gebieten beteiligt sind oder waren, und zu welchen Ergebnissen ... sie gelangt“ sei, mit der nicht minder ausweichenden Antwort: „Die Bundesregierung weist in ihren Kontakten mit der Wirtschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf politisch sensible Sachverhalte hin“ (BT-Drucksache 17/1521).

- 11 „Falling commodity prices in a volatile corner - Why 'quiet' Mauritania is being watched closely“, *Amil & Guardian Africa* vom 24.11.2015.
- 12 USGS: 2013 Minerals Yearbook - Mauretania (Advance Release).
- 13 USGS: 2013 Minerals Yearbook - Mali and Niger (Advance Release).
- 14 Christoph Marischka: „Der Krieg in Mali als Folge der Formierung EUropäischer Außenpolitik“, in: IMI: Kein Frieden mit der EUropäischen Union.
- 15 Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) u. OECD: African Economic Outlook – Niger (2008).
- 16 Bundestags-Drucksache 18/9965.
- 17 Jeremy M. Sharp: „Egypt - Background and U.S. Relations“, Congressional Research Service, März 2017.
- 18 SIPRI Yearbook 2016.
- 19 Peter Clausing: „Phosphor – Fluch und Segen eines Elements“, www.welt-ernaehrung.de vom 10.10.2016.

Frisch erschienen:

„Kein Frieden mit der Europäischen Union“, IMI-Broschüre, Tübingen 2017

Die Broschüre (64S A4) kann gratis heruntergeladen oder zum Preis von 3,50 Euro (zzgl. Porto) bzw. 3 Euro (ab 9 Ex. zzgl. Porto) bestellt werden. Bestellungen bitte an imi@imi-online.de



Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

